

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 9

SPD

Oktober 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

noch kann gewettet werden - in Kürze wissen wir, wer die Herzen der SPD Mitglieder gewonnen hat und welches Duo mit Inhalt und Persönlichkeit die meisten Stimmen hinter sich vereinen konnte. Der Prozess war etwas langwierig, aber er hat gezeigt wieviele interessante und kluge und ganz unterschiedliche Menschen unsere Sozialdemokratie prägen. Das ist Volkspartei und wir werden uns hinter den neu Gewählten versammeln, damit sich Volkspartei künftig auch wieder in Wahlergebnissen ablesen lässt.

Im Parlament haben unterdessen die katastrophale Lage in Nordsyrien und der Terror in Halle alle anderen Debatten überlagert. Es ist durchaus unser Verdienst, dass auf Initiative von Heiko Maas keine Rüstungslieferungen mehr in die Türkei genehmigt werden, die in Syrien eingesetzt werden könnten. Eine Linie, die auch innerhalb der EU von vielen geteilt wird. Gleichzeitig haben wir uns eindeutig positioniert und rechtlich geklärt, dass auch im Falle eines Gegenangriffs auf die Türkei kein NATO-Bündnisfall eintritt. Weitere Maßnahmen und diplomatische Möglichkeiten, um auf die Türkei einzuwirken, sind derzeit im Mittelpunkt der außenpolitischen Beziehungen.

Der Innenminister überraschte mit einer nachdenklichen und deutlichen Rede gegen Antisemitismus und vor allem damit, dass er die drohende Gefahr durch Rechtsextremismus in unserem Land auch in seiner ganzen Tragweite thematisiert hat. Hoffen wir, dass die Erkenntnis anhält. Und sich die Erkenntnis verbreitet, dass es hier nicht nur um ein Thema der Inneren Sicherheit geht, sondern vielmehr auch um Gesellschaftspolitik, Bildung und Aufklärung.

Für mich hat die letzte Sitzungswoche neue Perspektiven eröffnet. Nach der Wahl durch die Arbeitsgruppe der SPD Innenpolitiker*innen bin ich als neue innenpolitische Sprecherin der Fraktion nominiert und hoffe, dass die Fraktion das diesen Dienstag bestätigt. Eine neue Herausforderung in meinem bekannten Arbeitsfeld, die ich gerne annehme.

Herzliche Grüße



Bürger*innenanliegen

Verschiedene Zuschriften zum Klimapaket und dem geplanten Klimaschutzgesetz haben mich in den letzten Wochen erreicht. Viele Menschen haben außerdem an der Aktion „Hände weg vom Wolf“ teilgenommen und nach meiner Meinung zur geplanten Gesetzesänderung gefragt. Weitere Themen, die die Stuttgarterinnen und Stuttgarter interessierten, waren mögliche Korruption im Gesundheitswesen, Organspenden und Masernimpfpflicht und Besteuerung bei Bildungsleistungen.

Im Gespräch mit dem Dalai Lama



Bundestagsabgeordnete Margarete Bause (Grüne), Frank Heinrich (CDU) und Ute Vogt (SPD) haben in Nordindien mit dem Dalai Lama gesprochen. / Foto: Tenzin Jamphel

In China und Tibet ist die Menschenrechtssituation gerade in Bezug auf Religionsfreiheit und Arbeitsbedingungen anhaltend schwierig. Um auf diese Missstände aufmerksam zu machen, war ich gemeinsam mit der Kollegin Margarete Bause und dem Kollegen Frank Heinrich aus dem Menschenrechtsausschuss in Nordindien. In Dharamsala, in Himachal Pradesh, trafen wir auch das geistliche Oberhaupt Tibets, den Dalai Lama. Im Gespräch mit ihm und im Gespräch mit der Exilregierung Tibets ging es sowohl um die aktuelle menschenrechtliche Lage in Tibet, als auch um das Verhältnis zur chinesischen Regierung.

Die Stuttgarter Zeitung hat in ihrer Onlineausgabe darüber berichtet. Der Artikel kann [hier](#) nachgelesen werden. Leider hat die Stuttgarter Zeitung trotz der Relevanz des Themas keine Notwendigkeit darin gesehen, den Artikel auch in ihrer Printausgabe zu drucken.

Gute Aussichten für die Migrationsberatungen

Die Verbände der Migrationsberatungen für Erwachsene fordern eine dringend benötigte Aufstockung der Mittel um 18,5 Millionen auf 70,7 Millionen Euro. Sie wurde nun bei den Beratungen im Haushaltsausschuss eingeplant. Jetzt muss noch der Deutsche Bundestag zustimmen. Auch die Jugendmigrationsdienste brauchen mehr finanzielle Mittel, um den gestiegenen Bedarf an Beratung und Begleitung leisten zu können. Sie begleiten Jugendliche beim Übergang in Schule und Ausbildung. Besonders bewährt hat sich in Stuttgart dabei das Angebot zum Nachholen des Hauptschulabschlusses und die Unterstützung der Jugendlichen in der Berufsschule. Dafür hat die Stadt Stuttgart bisher das ergänzende Angebot in den Schulen bereitgehalten. Leider fehlen die Gelder im neu aufgestellten Haushalt der Stadt - hier ist allerdings die SPD-Stadtratsfraktion bereits am Ball.



v.l.n.r.: Ute Vogt, Stefan Kaufmann, Karin Dressel (Sprecherin Liga Fachausschuss Migration), Friedhelm Nöh (Geschäftsführer der AWO Stuttgart)

Weil Flüchtlinge nichts mit einer Naturkatastrophe zu tun haben...

Die „No Hate Parliamentary Alliance“ der Parlamentarischen Versammlung des Europarates hat diese Woche eine Konferenz gegen „Hate-Speech“ im Netz veranstaltet. „Hate-Speech“ wird von Rechtspopulisten insbesondere in sozialen Medien verwendet, um gezielt Menschen oder Gruppen zu diffamieren. Ein bekanntes Beispiel, das unter „politisches Framing“ fällt, ist der Begriff „Flüchtlingswelle“. Dabei werden Flüchtlinge gezielt mit einer Naturkatastrophe assoziiert. Wie dieses Konzept funktioniert und vor allem wie man sprachlich dagegen halten kann, wird auf der [„No Hate Speech“ Kampagnenseite](#) anschaulich beschrieben.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de